

Aufruf zur Gründung des 1. Deutschen Genossenschafts-Parlaments

A. Die Allgemeinen Grundlagen zur Schaffung eines Genossenschafts-Parlaments

Deutschland ist das Land der Menschen in Genossenschaften und Kooperationen (vor allem Vereine, etc.) Fast jeder deutsche Bürger ist entweder Mitglied in einer Genossenschaft oder einem Verein oder in beiden. Deshalb ist es angemessen, von einem „**Land des Miteinanders**“ zu sprechen.

Diese kooperative Kraft der absoluten Mehrheit von Menschen wird jedoch derzeit eher nachrangig im politischen Geschehen berücksichtigt. Es gibt weder ein besonders Ministerium, noch werden sonst die besonderen Belange dieser Gruppen angemessen berücksichtigt.

Im Alltag der Politik werden Genossenschaften zwar löblich erwähnt, wie 2012 zum UNO-Jahr der Genossenschaften, jedoch faktisch gibt es keine politischen Signale, die erkennen lassen, dass Miteinander und Genossenschaften wirklich gewollt werden.

Die Zeit ist gekommen - zunächst - den fast 22 Millionen Mitgliedern in Genossenschaften in Deutschland mehr Gehör und mehr direkten Einfluss auf ihre Interessen zu geben. Diese 22 Millionen Menschen sind Teilhaber an ihren Unternehmen und damit aktive Mitgestalter der Wirtschaft, des Sozial- und Kulturbereichs.

Außerdem ist im europäischen Vergleich zu erkennen, dass in Deutschland die Anzahl von Genossenschaften und deren Neugründung erheblich hinter denen anderer Länder – wie z.B. Frankreich, Spanien, Italien, Finnland, Kroatien oder besonders der Schweiz – zurückbleibt. Würde man den Maßstab der Schweiz (Bevölkerung zu Genossenschaften) für Deutschland zugrunde legen, müssten in Deutschland über 95.000 (!) Genossenschaften bestehen. Tatsächlich liegt die Zahl der Genossenschaften hier nur bei rund 8.000 Genossenschaften.

Zugleich ist jedoch bei den Menschen in Deutschland unverkennbar, dass „typisch“ genossenschaftliche Werte, wie z. B. Teilhabe, Vertrauen, Transparenz, Selbstorganisation, Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Demokratie und Miteinander einen zunehmend höheren Stellenwert bekommen.

Die Ideen von Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch haben weltweit Anerkennung gefunden. Diese Ideen sind jedoch angemessen auf die heutigen Verhältnisse – aus Sicht der aktuellen Erfahrungen der Mitglieder, den Erfordernissen einer europäischen Homogenisierung und den Erfordernissen zur Zukunftsfähigkeit - weiterzuentwickeln. Dies kann nicht allein den Verbänden überlassen werden, weil diese nicht erkennen lassen, wie es gelingen kann, in Deutschland wieder an historische Erfolge anknüpfen kann, Zeiten in denen es bereits über 52.000 Genossenschaften gab und jährlich zwischen 1.000 bis 2.000

Genossenschaften neu gegründet wurden. Der derzeitige Nettozuwachs von Genossenschaften in Deutschland liegt weit unter 50 Genossenschaften!

Nur wenn es gelingt, den Menschen in den Genossenschaften Deutschlands das Gefühl zu geben, dass ihre Werte menschlich richtig und politisch gewollt sind, wenn eine offene und lebendige, vor allem auch öffentliche Kommunikation erfolgt, wenn Fragen des Genossenschaftssektors medial kompetent und wirksam kommuniziert werden, nur dann, wenn auch europäische Wege moderner und erfolgreicher Genossenschaftsarbeit vorbehaltlos integrierbar werden können, nur dann, wenn die Menschen – und nicht nur die Funktionsträger in Genossenschaften und Verbänden – selbstverantwortlich und selbstorganisiert wirken können, kann es gelingen, dass der Genossenschaftssektor in Deutschland zu der Rolle zurückfindet, die ihn einst zu einem Vorreiter in und für Kooperationen in Europa machte.

Dazu bedarf es einer neuen Aufbruchstimmung, bedarf es einer Bewegung, der es gelingt, Faszination in und für Genossenschaften und Miteinander auszulösen.

Das ist wesentlicher Grund dafür, nunmehr die Einrichtung eines unabhängigen Genossenschafts-Parlamentes und eines Genossenschafts-Rates, für den Gesamtsektor Genossenschaften zu fordern.

Zukunft beginnt JETZT und sie soll und muss wesentliche Elemente von Genossenschaft, Kooperation und Miteinander beinhalten. Das dafür notwendige genossenschaftliche Denken und Handeln muss deshalb selbstorganisiert stattfinden. Die Begriffe „Parlament“ und „Rat“ knüpfen bewusst an bekannte Prinzipien demokratischer Willensbildung an.

Die Initiatoren sind sich der Größe der Aufgabe, der Bedeutung und Verantwortung für Gesellschaft und Wirtschaft sehr wohl bewusst. Sie wirken in der Überzeugung, dass JETZT der richtige Moment gekommen ist, traditionell wertvolle Ideen, auf Herausforderungen der Zukunft zu projizieren. Diese Aufgabe kann jedoch nur im gemeinsamen Diskurs der Menschen in Genossenschaften angemessen gelöst werden.

Wir rufen die Vertreter von Parteien, Meinungsbildner aus Wirtschaft, Gesellschaft und Öffentlichkeit auf, den Gründungsprozess wohlwollend und konstruktiv zu unterstützen.

Als Gründungsort wurde Hambach bestimmt, als Jahr bewusst 2018 gewählt. Dies soll zugleich auch eine Referenz sein, das Wirken von Friedrich Wilhelm Raiffeisen öffentlich zu würdigen.

Von hier aus soll die Botschaft ausgehen, dass Deutschland auf dem Weg ist, wieder eine Führungsrolle bei einer Homogenisierung und Modernisierung von genossenschaftlichen Denken und Handeln – national und international – zu übernehmen und bereit ist in Europa und weltweit daran mitzuwirken, den Werten von Kooperation und Miteinander nachhaltige Impulse zu geben.

„Was der Einzelne nicht schafft, schafft die Gemeinschaft“.

Dieser Satz von Friedrich Wilhelm Raiffeisen wird verbindlicher Leitspruch für Auftrag, Selbstverständnis und Verantwortung des Ersten Deutschen Genossenschafts-Parlamentes sein.

Miteinander ist unsere Zukunft – für Menschen, Wirtschaft und Nationen

Wir fordern deshalb die Menschen aller Länder, besonders in Europa auf, der deutschen Initiative zu folgen, sich selbst zu organisieren und selbst Parlamente für Kooperationen und Co-operative zu wählen, um diesen Anspruch wirksam Gehör zu verschaffen.

**Selbstorganisation ist der Weg
Selbstverantwortung die Grundlage
Miteinander das Prinzip
Lebensqualität für Alle das Ziel.**

2. Die Besonderen Grundlagen für die Arbeit des Genossenschafts-Parlamentes

1. Uns eint die Vision, dass das Prinzip des Miteinanders eine bedeutsame Option für die Zukunft von Menschen, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik – nicht nur in unserem Lande, sondern weltweit - ist.
2. Uns eint die Erkenntnis, dass derzeit das Prinzip Konkurrenz dominant und fest verwurzelt alle Bereiche unserer Gesellschaft, Wirtschaft und Politik durchzieht. Konkurrenz mag bis zu einem gewissen Zeitpunkt durchaus geeignet gewesen sein, die Dynamik vor allem von technischen Entwicklungen zu befördern. Ab einem gewissen Punkt, scheint sie jedoch an ihre Grenzen zu stoßen, verkehrt sich oftmals sogar in ihr Gegenteil.
3. Uns eint die Vermutung, dass das Wesensmerkmal von Menschen nicht – wie bisher angenommen – im Gegeneinander besteht, sondern es natürlich ist, dass Menschen kooperieren. Neue wissenschaftliche Forschungsergebnisse zeigen, dass unsere Vermutung sich immer mehr bewahrheitet.
4. Uns eint der Zweifel, dass das Prinzip „Kooperation“ sich zeitnah durchsetzen wird, weil starke Interessen zugunsten des alten „Konkurrenz-Dogmas“ wirken.
5. Uns eint die Skepsis, dass ein notwendiger, zeitnaher und wirksamer Wandel seitens der Politik eingeleitet werden wird, weil die Systemsicht der Mehrheit von Legislative und Exekutive selbst in der Praxis des Gegeneinanders verflochten ist. Dort werden Programme und Meinungen eher rivalisierend bzw. konkurrierend, also im Gegeneinander genutzt. Kooperation wird zwangsläufig nur gepflegt, um Regierungsmehrheiten zu bilden.
6. Uns eint die Überzeugung, dass ein notwendiger Wandel – zumindest nicht rechtzeitig und konsequent genug – über geeignete politische Debatten,

- Kampagnen oder Entscheidungen (Gesetze, etc.) zu erwarten ist und deshalb die Menschen selbstorganisierend und demokratisch tätig werden müssen.
7. Uns eint die Erfahrung, dass es bisher nicht gelungen ist, den Menschen im Lande die Vorteile und Chancen einer nach kooperativen Regeln funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft wirklich nahe zu bringen, vielleicht sogar notwendige Faszination und entsprechende Handlungsbereitschaft zugunsten von mehr Selbstorganisation anzustreben. Die geringe Zahl der Neugründungen von Genossenschaften ist ein wichtiges Indiz dafür.
 8. Uns eint der Wille, einen Wandel zu mehr kooperativer Wirtschaft nunmehr selbst – den Regeln der parlamentarischen Demokratie entsprechend, konsequent, transparent und mit Überzeugungskraft zu gehen. Menschen benötigen jetzt Mut und Anerkennung, um eine wahre Option zwischen Kooperation und Konkurrenz auf allen Feldern der Gesellschaft, besonders der Wirtschaft entstehen zu lassen. Dazu sind geeignete politische Grundlagen zu schaffen, die dieses Anliegen nachhaltig befördern.
 9. Uns eint die Sicht, dass wir in Deutschland mit viel Bürgerengagement und kooperativ-genossenschaftlichen Initiativen maßgeblich die wichtige Energie- wende herbeigeführt haben. Dazu wurden geeignete Förderprogramm und steuerliche Entlastungen vorteilhaft eingesetzt. Nunmehr bedarf es ähnlicher staatlicher Unterstützung, um eine Wende zum Miteinander herbeizuführen.
 10. Uns eint die Überzeugung, dass mit Hilfe eines Genossenschafts-Parlamentes, unter Beteiligung von genossenschaftlichen Verbänden, Vorständen und Aufsichtsräten aus Genossenschaften, Mitgliedern aus Genossenschaften, Vertretern aus politischen Parteien, Bundes- und Länderregierungen, sowie Vertretern von Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, etc., dem Anliegen und Ansehen von einer Gesellschaft des Miteinanders der angemessene Rahmen geben wird.
 11. Uns eint die Gewissheit, dass die Einrichtung eines Genossenschafts-Parlaments – vorbildlich und beispielhaft zu mehr bürgerschaftlichem Engagement führen wird. Über alle politischen Grenzen hinweg, wird damit erstmals ein grundlegendes Thema des politischen Wandels unter direkter und kontinuierlicher Beteiligung der Betroffenen, offen und transparent nachhaltig einer Lösung zugeführt.
 12. Uns eint die Vision, dass es mittels des Genossenschafts-Parlamentes gelingen wird, dass Menschen, Unternehmen und Institutionen aller Bereiche über eine wirkliche Option verfügen, um auswählen, erproben und danach selbst entscheiden können, welcher Weg der für sie angemessenere Weg ist. Die Menschen unseres Landes spüren, dass gravierende Veränderungen für ihr Leben bevorstehen. Das lässt Ängste und Misstrauen entstehen. Ein Genossenschafts-Parlament gibt ihnen Sicherheit und Gewissheit, dass nunmehr für eine Kultur des künftigen Miteinanders, ein kompetenter Partner an ihrer Seite steht. Dies ist auch ein Signal an die Länder Europas, dass Deutschland nunmehr – an die Ideen großer Vordenker für Genossenschaften anknüpfend – bereit ist, sich mit an die Spitze zu setzen, um ein Europa des Miteinanders entstehen zu lassen.

**Was die Politik allein nicht schafft, das schaffen die Menschen
gemeinsam und kooperativ!!**